



Brunnen: Städte und Gemeinden  
pochen auf den Erhalt der  
kommunalen Versorgungsstrukturen.

# ENGE BINDUNG VOR ORT

Im Jahr 2030 werden nach Vorausberechnungen der Statistischen Ämter nur noch 77,4 Millionen Menschen in Deutschland leben – rund 4,5 Millionen weniger als heute. Abgeschwächt werden könnte das nur durch einen stärkeren Zuzug und eine schneller steigende Lebenserwartung als bisher. Laut Demografieportal des Bundes und der Länder und des Demografieberichtes der Bundesregierung hat der negative Trend bei der Bevölkerungsentwicklung

*Die Kosten der Infrastruktur müssen auf immer weniger Nutzer umgelegt werden.*

weitreichende Folgen: für die Entwicklung der Wirtschaft, die Gesundheitsversorgung, die Bildungseinrichtungen, die Wohnungssituation, die Mobilität und die Sozialversicherungen.

Weniger sichtbar, dafür deutlich spürbar betroffen sind die eher „unsichtbaren“ im Untergrund verlegten Infrastrukturen wie die Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen. Da die Kosten der langfristig finanzierten Netze auf immer weniger Nutzer umgelegt werden müssen, ist die Frage nach den Gebühren unerlässlich.

Dies betrifft die einzelnen Bundesländer durchaus unterschiedlich: So wurde beispielsweise in den letzten 25 Jahren in den neuen Bundesländern mehr in die wasserwirtschaftliche Infrastruktur investiert als in den alten Bundesländern. Die Finanzierungskosten und die Abschreibungen sind daher in Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern auf Jahrzehnte hin-

aus höher als zum Beispiel in Bayern oder Nordrhein-Westfalen.

Der demografische Wandel mit seinen Effekten für die Wasserinfrastruktur kann auch Auswirkungen auf die Qualität haben. Da weniger Trinkwasser gebraucht wird, steht das Wasser länger in der Versorgungsleitung – Qualitäts- und Hygieneprobleme können auftreten, zukünftig noch verschärft durch die Erwärmung infolge des Klimawandels. Und das Abwasser wird im Kanal nicht mehr schnell abgeleitet, wenn immer weniger gebrauchtes Wasser zurückfließt.

Die Verantwortlichen in der Wasserwirtschaft arbeiten gemeinsam mit Wissenschaft, Landesregierungen und Kommunen an Lösungen. Wo es nötig und möglich ist, werden Netze und Netzstrukturen bei Sanierungsarbeiten an die geringeren Durchflussmengen angepasst – auch das ist ein hoher baulicher und finanzieller Aufwand. In Thüringen gibt es zum Beispiel auf der Internetseite des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz einen Demografie-Check, mit dem die Bevölkerungsentwicklung in die Planungen einbezogen werden kann.

Eine bundesweit einheitliche Lösung für all diese Probleme gibt es bislang nicht, da der Trend in der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland regional unterschiedlich verläuft. Vorteilhaft für die erforderlichen Planungs- und Umsetzungsprozesse ist die in

---

 **AUTORIN**

Christa Hecht ist Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) in Berlin

### WASSER IN ÖFFENTLICHER HAND

Die Entwicklung der Demografie hat Auswirkungen auf die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung. Zur Bewältigung der Herausforderungen – zum Beispiel in der Netzinfrastruktur und im Qualitätsmanagement – benennt die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AÖW) grundsätzliche und organisatorische Aspekte:

- Regionales, die Gemeindegrenzen übergreifendes Denken, Planen und Handeln
- Orientierung an der „Logik“ des Wassers und am Wasserkreislauf
- Wasser ist als Gemeingut zu sehen und nicht als Handelsware
- Wasserwirtschaft ist als selbstverwalteter Prozess zu organisieren
- Institutionalisierte Kooperation der Betroffenen
- Mechanismen zur Konfliktlösung

Die AöW vertritt die Interessen von Kommunen und Unternehmen, die ihre Leistungen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung selbst oder durch verselbständigte Einrichtungen erbringen und vollständig in öffentlicher Hand sind. Auch Wasser- und Bodenverbände sowie wasserwirtschaftliche Zweckverbände und deren Zusammenschlüsse sind in der AöW organisiert. Der Verband wurde im Jahr 2007 gegründet und verfügt über eine Geschäftsstelle in Berlin. In Anhörungen, Fachausschüssen, mit Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Verordnungen setzt er sich für gesicherte Rahmenbedingungen von Wasser in öffentlicher Hand, Schutz der Ressource Wasser und eine gesunde Umwelt ein. Auf der Ebene der Europäischen Union vertritt er die Interessen der öffentlichen Wasserwirtschaft direkt gegenüber der Kommission und dem Parlament sowie über europaweit agierende Verbände.

Deutschland enge kommunale Anbindung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Selbst die EU-Kommission stellt in ihrer Antwort vom 21. März 2014 auf die Initiative „right2water“ grundsätzlich fest, dass die lokalen Behörden den Bürgern und deren Belangen am nächsten stehen.

Auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung in vielen EU-Mitgliedstaaten gibt es von der EU-Gesetzgebung allerdings bislang keine Antwort. Es besteht sogar die Gefahr, dass sie mit ihrer

Schachtdeckel: Die lokalen Behörden stehen den Bürgern am nächsten.



Liberalisierungsstrategie die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit erschwert.

Bei der Bewältigung der Demografieentwicklung und der weiteren Zukunftsherausforderungen ist gerade jetzt die interkommunale Zusammenarbeit gefordert. Sie hat in Deutschland eine lange Tradition

*Modell der Zusammenarbeit hat sich zur Bewältigung der Aufgaben vielfach bewährt.*

und findet sich in vielfältiger Form wieder: Zweckverbände, Boden- und Wasserverbände, die Sondergesetzlichen Verbände in Nordrhein-Westfalen und die seit Jahrhun-

derten bestehenden Deich- und Sielverbände haben eine langjährige, oft zu wenig bekannte Erfolgsgeschichte. Sie stehen als öffentliche Wasserwirtschaft für eine verantwortungsvolle Verwaltung sowie einem professionellen Erfahrungsschatz beim Umgang mit Wasserressourcen und Gemeingütern.

Angesichts der Probleme, die in den vergangenen Jahrhunderten bewältigt werden mussten wie Kriegsfolgen, Wirtschaftskrisen, Hochwasser und Stürme und von denen auch die Wasserwirtschaft meist unmittelbar betroffen ist, hat sich gerade die öffentliche Wasserwirtschaft mit ihrem Leistungsniveau, ihrem Wissen, Erfahrungsschatz und der Orientierung am Gemeinwohl stets als gut aufgestellt und zukunftsorientiert erwiesen.

*Christa Hecht*

**BECK**  
KANAL- & SCHACHTGERÄTE  
SCHACHTREGULIERUNGEN

Beck GmbH  
Obere Mühle 11  
74906 Bad Rappenau-  
Bonfeld  
Tel.: +49 (0)7066/9920-0  
Fax: +49 (0)7066/9920-20  
info@beck-kanal.de  
www.beck-kanal.de

Dorfstraße 70  
17209 Priborn/Müritz  
Tel.: +49 (0)39923/71144  
Fax: +49 (0)39923/71145  
mail@beck-priborn.de



Schachtregulierungen -  
mehr als 35 Jahre Erfahrung!

